
Die EU-Politik und der Widerstand in Griechenland

SOTIRIS MARTALIS

Die Wahlergebnisse vom 6. Mai haben es der herrschenden Klasse schwerer gemacht, eine Lösung für ihre Probleme zu finden. Sie stehen vor einem doppelten Problem, einem ökonomischen und einem politischen. Drei Faktoren verschärfen die Lage: Die Wirtschaftskrise vertieft sich; die politische Instabilität wächst und damit ihre Schwierigkeiten, nicht einen Konsens, aber mindestens eine passive Duldung ihrer Maßnahmen durch die breite Bevölkerung zu erhalten; und ein Teil der Arbeiterschaft und der Jugend radikalisiert sich.

Der Brustton der Überzeugung und die Einbahnstraße, die das Euro-Memorandum noch charakterisierte, haben einen gehörigen Dämpfer erhalten. Die beiden Hauptparteien, PASOK und Nea Dimokratia (ND), sowie die Partei der extremen Rechten, LAOS, wurden hinweggefegt. Sie haben zusammen 3,5 Millionen Stimmen verloren, das ist mehr als die Hälfte der 6,3 Millionen Wahlberechtigten überhaupt. Die Linke hingegen hat 1,2 Millionen Stimmen gewonnen; es ist das zweite Mal in der Nachkriegsgeschichte, dass sie einen so großen Wahlerfolg einfuhr. Das letzte Mal war 1958, als die Vereinigte Demokratische Linke (EDA) mit 24,5% auf den zweiten Platz kam.

Es gab natürlich bei den Wahlen vom 6. Mai auch ein besorgniserregendes Zeichen, das ist der Aufstieg der faschistischen Goldenen Morgenröte, die mit 6,9% ins Parlament eingezogen ist. Das ist nicht nur eine rechtsextreme Partei, das sind Hardcore-Neonazis mit paramilitärischen Aktionen. Sie haben die rassistische Hysterie ausgenutzt, die von den Massenmedien und den Hauptparteien entfesselt wurde, und sich als «Gegner des Establishments» ausgegeben, um die Stimmen verzweifelter Menschen zu gewinnen. Doch nicht sie, sondern der Aufstieg der Linken dominiert derzeit das Bild. Dennoch, die Faschisten bleiben eine Gefahr, die nicht unterschätzt werden darf; in vielen Städten und Gemeinden werden jetzt antifaschistische Aktionen organisiert, um sie zurückzuschlagen.

Der Aufstieg der Linken wird normalerweise mit der Wirtschaftskrise und der Memorandumspolitik erklärt, die beide die Bindungen der Arbeiterklasse und der Mittelschicht an die PASOK und die ND gelockert hätten. Die Massenmedien interpretieren das Wahlergebnis gar nur als Ausdruck von Wut und Empörung, als «vorübergehende» Stimmungslage, als Protestwahl, um die Memorandumsparteien abzustrafen. Bei den nächsten Wahlen würden diese Wähler sich wieder realistischen Lösungen zuwenden, um «das Land zu retten». Doch diese Erklärungen gehen am Kern der Sache vorbei. Die Geschichte hat uns gelehrt, dass Arbeitslosigkeit, Armut und die allgemeine Verschlechterung der Lebensbedingungen nicht automatisch zu einem Aufschwung der Linken führen. Nach dem Zusammenbruch des sog. «real existierenden Sozialismus» haben wir in mehreren Ländern Mittel- und Osteuropas genau das Gegenteil erlebt.

Ich will versuchen zu zeigen, dass die politische Krise und der Aufstieg der Linken nicht allein ein Produkt der Wirtschaftskrise sind, sondern auch das Ergebnis von zwei Jahren harter Arbeiter- und sozialer Kämpfe. Der Aufstieg der Linken ist auch ein Ausdruck bewusster politischer Entscheidungen. Dies kann erklären, warum die Arbeiterschaft massiv SYRIZA gewählt hat, und nicht die Demokratische Linke (DIMAR), nicht die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) und nicht ANTARSYA.

Die Politik der Troika und ihre Folgen

Aus der Sicht der griechischen Regierung wurde Griechenland durch das neue Kreditabkommen und den Schuldenschnitt auf griechische Staatsanleihen (die von Privaten gehalten wurden) zum dritten Mal «gerettet». Das erste Mal geschah dies durch die Unterzeichnung des Memorandums im Mai 2010, das zweite Mal im Juni 2011 – und natürlich sind wir zuversichtlich, dass es noch viele weitere «Rettungsaktionen» in Zukunft geben wird. Infolgedessen hat sich die Lage der ärmeren Bevölkerungsteile und der Mittelschichten rapide verschlechtert, wir stehen vor einem wirklichen sozialen Desaster.

Die Resultate dieser «Rettungsaktionen» sind bereits offensichtlich: Die Löhne wurden ein weiteres Mal gekürzt, und zwar um 22 %, für Jugendliche unter 25 Jahren sogar um 32 %. Der Mindestlohn wurde auf 586,08 Euro gesenkt (zieht man davon den Rentenbeitrag ab, bleiben netto 487 Euro «auf die Hand» übrig), für Jugendliche unter 25 Jahren ist er sogar auf 510,95 Euro gesunken (435 Euro «auf die Hand»). Das ist aber nicht alles: Kollektive Tarifverhandlungen und kollektive Arbeitsverträge wurden aufgehoben, dadurch wird das Einkommen aller Arbeiter nach unten gedrückt. Gewerkschaften haben ausgerechnet, dass Arbeiter in sehr kurzer Zeit 40 % ihres Einkommens verlieren werden. Zudem wurden die Renten zum vierten Mal gekürzt.

Die Zahl der Arbeitslosen ist auf eine Million gestiegen und nach Gewerkschaftsangaben bis Jahresende auf 1,4 Millionen steigen, das bedeutet eine Arbeitslosenrate von 24 %.

In den drei Krisenjahren 2009–2011 ist das Bruttoinlandsprodukt um 14,5 % gesunken. Ein solcher Niedergang ist nur noch mit dem Kollaps der Ökonomien des «Ostblocks» und dem darauf folgenden sozialen Desaster vergleichbar, der sich sogar in einer Verkürzung der Lebenserwartung niederschlug.

Die staatlichen Ausgaben für Medikamente werden auf 320 Millionen Euro reduziert werden – so hat es der Gesundheitsminister mit der Troika vereinbart. Die öffentlichen Krankenhäuser leiden nicht nur unter massiven Personalkürzungen im Pflegebereich, sondern auch unter Einsparungen bei so elementaren Dingen wie Gaze, Binden und Spritzen. An den öffentlichen Schulen hat das Schuljahr ohne Schulbücher begonnen (in Griechenland sind die Lernmittel umsonst) und selbst Mitte März, sieben Monate nach Schulbeginn, konnten noch nicht ausreichend Schulbücher ausgegeben werden. In einigen Gegenden brechen Schüler in der Schulen zusammen, weil sie nicht genügend zu essen bekommen.

Im März 2010 bat die herrschende Klasse die anderen Länder der Eurozone um 80 Mrd. Euro und den IWF um weitere 30 Mrd. Euro. Als Griechenland beim IWF anklopfte, betrug die Staatsverschuldung 127 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Heute, nach zwei Jahren konsequenter Umsetzung seiner Maßnahmen, ist die Staatsverschuldung auf

367,98 Mrd. Euro geklettert, das sind 170% des BIP. Es heißt, im Jahr 2020 würde die Staatsverschuldung auf 120% des BIP gesunken sein – wenn, und nur wenn, die Wachstumsraten positiv sind. Das heißt, selbst im besten aller Fälle werden wir nach zwölf Jahren grausamer Opfer dort wieder angekommen sein, wo wir vor zwei Jahren schon einmal standen, nämlich bei einem Schuldenniveau, das damals als «untragbar» bezeichnet wurde.

Wir müssen noch betonen, dass von den 130 Mrd. Euro, die Griechenland mit dem neuen Kreditabkommen zur Verfügung gestellt wurden, 30 Mrd. direkt an die Gläubiger fließen, 5,5 Mrd. Euro zur Rückzahlung von Schulden verwendet werden und 50 Mrd. direkt an die Banken fließen – zu ihrer Rekapitalisierung und um sie für Verluste aus dem Schuldenschnitt zu entschädigen. Für die 12 Mrd. Euro, die der öffentliche Rentenfonds durch den Schuldenschnitt eingebüßt hat, gibt es im Kreditabkommen keine Entschädigung.

Ein anderes Ergebnis dieser «Umschuldung» ist die Unterwerfung des Schuldenmanagements unter britisches Recht: Es wurde ein Sonderkonto geschaffen, das der Bedienung der Gläubiger Vorrang vor jeder anderen Staatsausgabe verschafft und die schrittweise Übernahme griechischer Staatsanleihen aus privaten in öffentliche Hände vorsieht.

Somit war der «Schuldenschnitt» für Griechenland nur eine weitere Maßnahme im wohlverstandenen Interesse des Kapitals, um die Gläubiger zufriedenzustellen und die Schuldenlast ein weiteres Mal der Arbeiterklasse und anderen einfachen Bevölkerungsschichten aufzubürden.

Die Zahl der Arbeitslosen liegt inzwischen bei fast 1,5 Millionen, von insgesamt 4,5 Millionen Erwerbstätigen. Die Einkommen sind um 50% gesunken. Und dabei dürfen wir nicht vergessen, dass schon vor dem Ausbruch der Krise Griechenland zusammen mit Portugal die niedrigsten Löhne in der EU-15 hatte. Seit der Einführung der Memoranden hat die Zahl der Selbstmorde um 20% zugenommen. Gerade vor zwei Tagen las ich in der Zeitung wieder von zwei weiteren Selbstmordfällen: Ein 30-Jähriger hatte seinen Arbeitsplatz verloren, ein 63-Jähriger hinterließ ein Schreiben, die Armut treibe ihn in den Tod.

Seit Monaten fehlen in den Krankenhäusern Ärzte und Krankenschwestern, aber auch elementare Versorgungsmittel. Manchmal gibt es keine Medikamente, manchmal fehlen Gaze oder Spritzen. Vor wenigen Tagen sagte ein Leiter von Axepa, dem größten Krankenhaus in Thessaloniki, im Radio, dass sie keine Blutkonserven mehr haben; Mitte Juni werden die Abteilungen für Hämatologie und Kardiologie dieses Krankenhauses geschlossen. Der frühere Gesundheitsminister hat gewarnt, zwanzig große Krankenhäuser müssten in der nächsten Zeit schließen.

Das Bild von Migranten, die in Mülleimern nach Nahrung suchen, ist jetzt Alltag in Athen, es gibt mehr als 30000 Obdachlose.

Seit Februar 2012, als das zweite Memorandum beschlossen wurde, ist der Mindestlohn auf 586,03 Euro gesunken (davon bekommen die Arbeiter netto 489,38 Euro auf die Hand). Für Jugendliche unter 25 Jahren wurde er auf 510,94 Euro gesenkt (davon 440,44 Euro netto auf die Hand). Mit der Senkung des Mindestlohns geht eine Senkung der Sozialleistungen einher, die im Nationalen Kollektivvertrag festgehalten sind. Am stärksten

betrifft dies das Arbeitslosengeld, das nur noch 55 % des Lohns eines unqualifizierten Arbeiters beträgt: Von 461,50 Euro ist es auf 359,97 Euro gefallen.

Zu Tarifverträgen sagt das zweite Memorandum: Wenn ein Tarifvertrag für eine Branche ausläuft und es wird kein neuer unterzeichnet, laufen seine Bestimmungen drei Monaten nach seinem Ende aus. Das bedeutet, jeder, der oder die bislang nach Tarif entlohnt wurden, wird die Hälfte seines Lohns und Gehalts verlieren. Alternativ ist ein persönlicher Arbeitsvertrag oder ein Tarifvertrag für den jeweiligen Betrieb möglich. Solche Verträge führen zu einer Lohn- und Gehaltssenkung von 22 %. Verständlicherweise weigern sich die Arbeitgeberverbände, neue Tarifverträge abzuschließen. In einigen Fällen wurden die alten Verträge bis nach den nächsten Wahlen im Juni verlängert.

Ein sehr großer Teil der lohnabhängigen Bevölkerung arbeitet jetzt unter sehr prekären Bedingungen, mit Arbeitsverträgen für drei bis fünf Monate. Einige bekommen einen Stücklohn, wie Freelancer, obwohl sie die Arbeit von regulären Angestellten machen. Einige finden sich sogar als Leiharbeiter wieder: Eine Bank oder ein Ministerium mietet Beschäftigte von einer privaten Firma. Letztens hat ein großes Athener Krankenhaus, Evagelismos, auf dieser Basis Krankenschwestern mit einem Hochschulabschluss eingestellt – zu 380 Euro im Monat.

So weit ist es in den letzten zwei Jahren gekommen. In dieser Zeit haben die Arbeiter und die griechische Gesellschaft diese Politik aber nicht untätig hingenommen. Sie haben harte Kämpfe geführt, sie haben Spaltungen in den politischen Parteien der herrschenden Klasse provoziert und zwei Regierungen gestürzt (die PASOK-Regierung von Papandreou und die Dreiparteienregierung von Papadimos).

Zwei Jahre Widerstand

In diesen beiden Jahren ist nicht eine Woche ohne einen kleineren oder größeren Streik vergangen. Diese Streiks haben massiven Druck auf die Gewerkschaftsapparate von GS-EE (Allgemeine Arbeiterföderation Griechenlands) und ADEDY (Dachverband der Angestellten und Beamten im Öffentlichen Dienst), den gewerkschaftlichen Dachverbänden im privaten und öffentlichen Sektor, ausgeübt. Dieser Druck hat 17 Generalstreiks hervorgebracht, zwei davon mit einer Dauer von 48 Stunden. Im Oktober 2011, vor der Abstimmung im Parlament über die Kürzung der Löhne und Gehälter und die Entlassung von Staatsbeamten, haben wir zehn Tage erlebt, in denen Ministerien und andere Regierungsgebäude besetzt wurden; sie mündeten in einen 48-stündigen Generalstreik.

Diese Arbeitskämpfe überbrückten größere Auseinandersetzungen und behielten ein gewisses Niveau der Kämpfe auch in Phasen des Rückgangs der breiteren Widerstandsbewegung bei. Von der Bewegung der Platzbesetzungen in den Monaten Mai und Juni 2011 über die lokalen Volksversammlungen in den Stadtteilen bis hin zur Bewegung «Wir zahlen nicht», die einen massenhaften Zahlungsboykott von Autobahngebühren auf privat betriebenen Autobahnen und von Fahrscheinen im öffentlichen Personennahverkehr organisierten, als die Regierung die Preise dafür anhob. Diese Bewegung erreichte ihren Höhepunkt, als eine neue Steuer eingeführt werden sollte, die von der Bevölkerung «Haratsi» genannt wurde: Das war im Osmanischen Reich die Bezeichnung für die ungeheure Kopfsteuer und ist es bis auf den heutigen Tag geblieben.

Diese Steuererhöhung trifft jeden Haushalt. Die Rechnung dafür wird mit der Stromrechnung verschickt, und wenn jemand sich weigert, die zu bezahlen, wird ihm der Strom abgestellt. Die Bewegung «Wir zahlen nicht» hat in Hunderten von Gemeinden und zahlreichen Städten lokale Komitees aufgebaut; wenn die Techniker aufkreuzen, um einem Haushalt den Strom abzustellen, sind sie zur Stelle. Diese Komitees haben auch Demonstrationen vor den örtlichen Niederlassungen der Elektrizitätsgesellschaften organisiert. All diese Aktionen haben erreicht, dass keinem einzigen Haushalt der Strom abgestellt wurde.

An dieser Stelle muss man sagen, dass die Linke zwar an diesen Kämpfen teilgenommen und in den meisten Fällen auch geführt hat, es aber nicht geschafft hat, die Betroffenen dauerhaft zu organisieren, sie hat es nicht vermocht, ein Netzwerk aufzubauen, das für Ausdauer und Zuspitzung des Widerstands hätte sorgen können. Deshalb richten sich heute so viele Hoffnungen der Menschen auf die Wahlen.

Das Hauptproblem für die herrschende Klasse ist dennoch der Widerstand, auf den sie trifft, und die politische Krise, die er ausgelöst hat. Bis heute halten die Streikaktionen an, trotz eines vorübergehenden Rückgangs der Arbeitskämpfe, weil die Arbeiterbewegung auf den Ausgang der Wahlen und die politische Lage schaut, die sich daraus ergeben wird. Die Männer von der städtischen Müllabfuhr in Thessaloniki kämpfen gegen die Privatisierung des Reparaturbetriebs für ihren Fuhrpark. Und die Arbeiter der Stahlfabrik Elliniki Halyvourgia in Attika setzen ihren Streik und die Fabrikbesetzung fort – und das nun schon im siebten Monat, seit dem 1. November des letzten Jahres. Die Angestellten der renommierten Tageszeitung *Eleftherotypia* sind seit drei Monaten im Streik. In dieser Zeit haben sie unter eigener Regie zwei Streikzeitungen mit einer hohen Auflage herausgebracht. Der Fernsehsender Alter, der landesweit ausstrahlt, wurde von den Angestellten besetzt. Die Aluminiumfabrik Loukisa und die Druckerei 3E sind ebenfalls von der Belegschaft besetzt. Die Arbeiter in allen Coca-Cola-Fabriken haben einen koordinierten dreitägigen Streik beschlossen, die Arbeiter im Pharmabetrieb Alapis sind in einem Dauerstreik.

Diese Beispiele sind nur ein Ausschnitt aus der Widerstandsbewegung der letzten zwei Jahre. Die griechische Arbeiterklasse widersetzt sich der Absicht der Kapitalisten, ihr die Last ihrer eigenen Systemkrise aufzubürden. Zwischen Februar 2010 und März 2012 gab es 19 Generalstreiks, drei davon dauerten 48 Stunden. Vor der Abstimmung über das erste Memorandum wurden eine Woche lang Dutzende öffentlicher Gebäude besetzt. Die Aktionen der Arbeiter waren ein Katalysator für eine breite Vielfalt von Widerstandsbewegungen: die Bewegung «Wir zahlen nicht», die sich weigert, eine erhöhte Stromsteuer zu bezahlen, die einfach auf die Stromrechnung draufgeschlagen wurde; die Besetzung öffentlicher Plätze durch die «aganaktismenoi» (der griechische Begriff für «indignados») im Juni 2011.

Zusätzlich zu all dem gibt es eine Welle öffentlicher Anklagen gegen das politische Personal der herrschenden Klasse. Wann immer Minister und Abgeordnete der bürgerlichen Parteien in der Öffentlichkeit auftreten, werden sie ausgebuht und beschimpft, selbst mit Joghurts beworfen. Diese Politiker fürchten sich deshalb und beschränken ihre öffentlichen Auftritte auf «sichere», überwachte Plätze. Landesweit wurde dies sichtbar bei den «nationalen» Feierlichkeiten und Paraden zum 28. Oktober und 25. März.

Im November 2011 brach die sozialdemokratische Regierung PASOK unter den Druck der Streiks und dem Zorn der Öffentlichkeit zusammen. Diese Regierung war im Oktober 2009 gebildet worden, die PASOK hatte damals 43,9% der Stimmen und 160 von 300 Parlamentssitzen gewonnen. Sie wurde ersetzt durch eine Regierung der nationalen Einheit unter Einschluss der PASOK, der rechten ND und der extrem rechten LAOS, ihr stand der «Technokrat» Loukas Papadimos vor. Im Februar 2012 stimmten je 22 Abgeordnete der PASOK und der ND gegen das neue Kreditabkommen, sie wurden aus ihren Parteien ausgeschlossen. Anstelle des wunderbaren «Zweiparteien-Systems» mit seinem stabilen Wechsel zwischen den beiden Hauptparteien PASOK und ND, die jeweils die Regierung bildeten, führten Spaltungen zu drei neuen Parteien, die ihren Ursprung in der ND haben, und drei weiteren neuen Parteien, die ihren Ursprung in der PASOK haben. Und selbst wenn man all diese Parteien zusammenzählt, kommen sie nicht annähernd mehr auf den Stimmenanteil, den zuvor PASOK und ND hatten. Stattdessen schauen sie gebannt auf den jüngsten Aufschwung der Linken.

Die Kräfte der radikalen Linken

Zuletzt erlebten wir systematische Angriffe der Parteien, die das Memorandum unterstützt hatten, gegen die Linke. Sie sind ein Ausdruck der Ängste der herrschenden Klasse. Sie fürchtet nicht nur die Widerstandsbewegung, sie fürchtet auch, die Linke werde zu einem erst zu nehmenden politischen Rivalen aufsteigen, die bei den Wahlen ihren größten Erfolg seit 1958 einfahren könnte. In den kommenden Tagen und Wochen wird der Druck auf die Linke steigen. Ultimaten und Zwangssituationen (ein Bankrott, der Austritt aus der Eurozone, die Angst vor «Unregierbarkeit») werden eingesetzt, um die linken Parteien zu einer «verantwortlicheren» politischen Haltung zu bewegen. Ein Teil der Linken ist schon auf diesen Kurs eingeschwenkt: Die DIMAR hat zugesichert, die «internationalen Verpflichtungen» aus den Kreditabkommen und Memoranden einzuhalten, und passt ihre Politik den «realistischen» Optionen der herrschenden Klasse an. Die große Mehrheit der radikalen Linken (SYRIZA, KKE und ANTARSYA) steht jedoch in Opposition zu diesen Optionen, hat es bisher jedoch nicht geschafft, eine gemeinsame politische Alternative zu entwickeln.

Die KKE (eine reformistische, stalinistische Partei) lehnt jedwede Form der Kooperation mit den anderen Kräften der Linken ab, gemeinsame soziale Kämpfe ebenso wie Bündnisse für politische Ziele. Sie organisiert Demonstrationen getrennt von den Gewerkschaften und dem Rest der Linken. Sie dreht sich um sich selbst und schiebt jede Antwort und Lösung auf die Zeit nach der «Errichtung der Volksmacht». Bis dahin kann die Bevölkerung nur... die KKE wählen.

ANTARSYA (ein Bündnis einiger Organisationen der antikapitalistischen Linken) ist in der Widerstandsbewegung engagiert und akzeptiert – auf einer gewissen Ebene – die Notwendigkeit der Aktionseinheit. In den Stadtteilen gibt es Ansätze für eine Koordination und Zusammenarbeit zwischen SYRIZA und ANTARSYA, ebenso in den Komitees «Wir zahlen nicht», in den örtlichen Gewerkschaftsstrukturen, in Demonstrationen usw. Die Eskalation des Widerstands erfordert jedoch ein höheres Maß an gemeinsamem Programm und gemeinsamer Organisation, sie erfordert ein weitergehendes gemeinsames

Engagement: Die realen alltäglichen Auseinandersetzungen machen jetzt eine politische Front der Linken erforderlich.

Doch die Genossen von ANTARSYA bestehen auf ihrem Programm, vor allem auf der Forderung nach einem Austritt aus der Eurozone und aus der EU, als Voraussetzung für einen solchen Schritt. Diese spezielle Forderung zur «Trennlinie» zu erheben ist jedoch entweder eine Ausrede oder ein sektiererischer Fehler. Umso mehr als Genossen von ANTARSYA, um sich zu unterscheiden von solchen Teilen der Kapitalistenklasse, die einen Austritt aus der Eurozone bevorzugen, lieber von «antikapitalistischem Austritt» sprechen – eine eher «unorthodoxe» Umschreibung einer sozialistischen Revolution in Griechenland.

Zum jetzigen Zeitpunkt, da es von höchster, entscheidender politischer Bedeutung ist, den Angriff der herrschenden Klasse zurückzuschlagen und die Regierung des Memorandums zu stürzen, sollten die Genossen von ANTARSYA die Einladung von SYRIZA zur Bildung einer gemeinsamen politischen und wahlpolitischen Front annehmen. Zumal diese Einladung einher geht mit der Garantie der Unabhängigkeit, Eigenständigkeit und pluralistischen Vertretung jeden Bestandteils der Front.

Die Annahme dieses Angebots würde den Druck auf die KKE verstärken, sie würde bessere Bedingungen für den Aufbau eines Alternativplans der Linken schaffen, und dies hätte positive Auswirkungen auf die Widerstandsbewegung und negative für die herrschende Klasse.

SYRIZA (die Koalition der radikalen Linken), ein Bündnis von Parteien und Organisationen der reformistischen und der revolutionären Linken, hat ein radikales Programm. Die Koalition ist in der Arbeiterbewegung und in breiten sozialen Bewegungen aktiv und richtet ständig offenen Einladungen an alle Kräfte der Linken zu gemeinsamen Aktionen und zur Bildung einer Einheitsfront. Dieses ihr Markenzeichen macht SYRIZA zu einem nützlichen politischen Instrument der Widerstandsbewegung; gleichzeitig bleibt Raum und Gelegenheit für Revolutionäre, die Einheitsfronttaktik anzuwenden und mit einer sehr breiten Schicht von Aktivisten zusammen zu kommen.

SYRIZA hat ein radikales Forderungsprogramm: die Annullierung des Memorandums, der Kreditvereinbarungen und aller damit verbundenen Maßnahmen; die Einstellung des Sparprogramms verbunden mit der Forderung, dass die Kapitalisten für die Krise bezahlen; die einseitige Streichung des größten Teils der Staatsschulden. In Bezug auf die Eurozone hat SYRIZA die Losung ausgegeben: «Dem Euro kein einziges Opfer». Das wirkt wie ein Schlachtruf gegen die Führung der EU, eine Herausforderung der Ultimaten aus Brüssel, gleichzeitig trägt es aber auch der Tatsache Rechnung, dass eine Rückkehr zur Drachme von der herrschenden Klasse auf den Weg gebracht werden kann, und zwar unter reaktionärsten, nationalistischen Bedingungen.

Die jeweilige Taktik und die politischen Entscheidungen von SYRIZA sind immer Ergebnis erhitzter politischer Diskussionen zwischen den verschiedenen Kräften in der Koalition, vor allem zwischen dem mehr «gemäßigten» und dem radikaleren Flügel (darunter DEA). Auch jetzt gibt es eine hitzige Debatte über die Eurozone, oder über den besten Weg, mit den Schulden umzugehen, oder über den Umgang mit Gruppen, die mit der PASOK brechen.

Die aktive Präsenz von Revolutionären und eine hohes Kampfniveau haben bisher je-

doch dafür gesorgt, dass die Koalition auf einem linken Kurs geblieben ist und damit für viele Menschen ein Bezugspunkt wurde – von Veteranen der 70er Jahre, die sich in den letzten Jahren zurückgezogen hatten und nun «neue Hoffnung» auf den radikalen, einheitlichen Ansatz setzen, über Teile der Arbeiterbasis der PASOK, die sich nicht länger mit dieser Partei identifizieren können, bis hin zu jungen Aktivisten, die zum ersten Mal in ihrem Leben mit linker Politik in Berührung kommen.

Die Stärkung von SYRIZA, die Verteidigung ihres radikalen Charakters gegen jeden Druck seitens des bürgerlichen Establishments, sich «moderater» zu geben, die Schaffung einer Einheitsfront aller linken Kräfte und die Stärkung der Revolutionäre in dieser Front sind von zentraler Bedeutung für die Bildung einer antikapitalistischen Kraft mit Massenanhang, die heute so notwendig ist.

Die Wahlen am 6. Mai und die kommenden Herausforderungen

All diese Kämpfe, die wir oben beschrieben haben, haben das Wahlergebnis vom 6. Mai hervorgebracht. Besonders deutlich konnte man das an den Ergebnissen in den Arbeiterbezirken von Athen ablesen, was die bevölkerungsreichsten Wahlbezirke sind. Hier hat die Linke fast 40% erreicht, also 7,5 Prozentpunkte mehr als im Landesdurchschnitt, und SYRIZA wurde mit 21,8% die stärkste Kraft.

Wir können sicher sein, dass diese Linkswende kein «vorübergehendes» Ereignis sein wird, dafür gibt es zwei weitere Anzeichen.

Erstens haben schon die Regionalwahlen am 7. und 14. November 2010 diesen Trend gezeigt. Damals verlor die PASOK fast 1,3 Millionen Stimmen, die ND eine halbe Million; ihr Niedergang setzte sich dann in den Wahlen zum nationalen Parlament fort.

Zweitens zeigte sich derselbe Trend bei den Gewerkschaftswahlen, die in verschiedenen Bereichen in jüngster Zeit stattgefunden haben. Der Gewerkschaftsflügel der PASOK (PASKE) und die der ND nahestehende Gewerkschaft DAKE sind stark im Niedergang, während die Linke überall Boden gewinnt.

Ich will nur ein Beispiel aus meinem Bereich nennen, den Oberstufenlehrern. Bei den Wahlen zu den örtlichen gewerkschaftlichen Vertreterversammlungen im November und Dezember legte die Linke um 12 Prozentpunkte zu und gewann insgesamt 54% der Stimmen, die meisten davon gingen an SYRIZA, die sich von 18% auf 25% verbesserte.

Natürlich werden die Dachverbände GSEE und ADEDY sowie die übergroße Mehrzahl der Gewerkschaften immer noch von PASKE und DAKE kontrolliert. Da die Konferenzen für diese Organisationen alle drei Jahre stattfinden, glaube ich, dass die Linkswende auch dort bald sichtbar werden wird.

Aufmerksamkeit müssen wir der Frage schenken, warum von allen Kräften der Linken es SYRIZA war, die so starken Zulauf bekommen hat. SYRIZA hat ihren Stimmenanteil von 4,7% auf 16,8% vervielfacht, während die KKE nur wenig, von 7,5% auf 8,5% zugelegt hat, DIMAR, die rechte Abspaltung der SYRIZA-Mitgliedsorganisation Synaspismos, 6,1% gewonnen hat und ANTARSYA sich von 0,4% auf 1,2% gesteigert hat.

Das hat zu tun mit der regelmäßigen Unterstützung und Verteidigung aller Arbeiter- und sozialen Kämpfe durch SYRIZA und ihrer aktiven Beteiligung daran. Man vergleiche das mit dem Verhalten der KKE, die die ganze Zeit über sektiererisch aufgetreten ist.

Sie hat nicht nur in diesen Bewegungen nicht mitgearbeitet, sie hat sie nicht einmal unterstützt. Am Arbeitsplatz hat sie für gewöhnlich alle Kämpfe abgewürgt. Selbst wenn die Gewerkschaften zu Demonstrationen aufgerufen haben, hat die KKE nicht nur ihre eigenen Demonstrationen durchgeführt, diese sind auch einer komplett anderen Route gefolgt.

Der zweite Grund liegt im Charakter von SYRIZA als einem Einheitsbündnis von radikalen Linken und in den ständigen Appellen von SYRIZA an alle linken Kräfte zur Einheit, um einen größeren Bruch mit dem bestehenden System zu ermöglichen.

Der dritte Grund ist, dass SYRIZA zur Bildung einer Linksregierung aufgerufen hat. Dieser Vorschlag umriss eine konkrete Alternative, er hat die Menschen, die die letzten Jahre immer nur gesehen haben, wie das Parlament für Maßnahmen stimmte, die ihr Leben ruinierte, mit neuer Hoffnung erfüllt.

Die Dynamik von SYRIZA weist weiter nach oben, trotz der ständigen Angriffe des gesamten Systems, denen die Koalition ausgesetzt ist. Die Meinungsumfragen Anfang Juni sahen SYRIZA mit 30% an erster Stelle, gefolgt von ND mit 27%.

Natürlich wissen wir, dass Regierungsmacht und reale Macht in dieser Gesellschaft zwei verschiedene Paar Stiefel sind. Wir sehen die Chancen und die Probleme, die ein Wahlsieg von SYRIZA mit sich bringt. Umso mehr, wenn es keine organisierte Massenbewegung gibt, wenn die Linke nicht nur die Armee, sondern nicht einmal die Gewerkschaften kontrolliert. Im Fall eines Wahlsiegs von SYRIZA wird die Herausforderung enorm sein. Doch selbst wenn SYRIZA nicht stärkste Kraft werden sollte, wird ihr weiterer Aufschwung die Menschen mit Selbstvertrauen erfüllen und die Widerstandsbewegung von unten stärken. Damit wird jedoch auch der Druck der herrschenden Klasse steigen und die nächste Runde der Konfrontation wird sich vorbereiten.

Sotiris Martalis ist Mitglied des Zentralkomitees der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes ADEDY und von SYRIZA. Er ist aktiv in der Strömung der DEA (Internationalistische Arbeiterlinke), die mit der International Socialist Organization in den USA und der Bewegung für den Sozialismus in der Schweiz Kontakte pflegt.